

## **Liebe Mitbürger und Freunde der BI**

Um es gleich vorweg zu sagen, es wird eine spannende Woche werden. Nicht nur das, wir die politisch interessierten Mitglieder der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben wissen, dass die bevorstehende Stadtratssitzungen einen großen Einfluss auf die perspektivische Ausrichtung der Kommunalpolitik in WSF haben wird. Es geht nicht nur darum ein Bürgerbegehren vom Tisch zu wischen, wie es die herrschende Kamarilla gerne sehen würde. Es handelt sich um den dokumentierten Mehrheitswillen der Bürger dieser Stadt, die mit diesen Begehren endlich einen Schlussstrich unter die vielen Geldverschwendungsprojekte ziehen möchten. Es gab 4653 zustimmende Unterschriften und im Nachgang nochmals 200 - 300 Unterschriften, also fast 5000. Das sind ca. 13 Proz. Der Einwohnerschaft von WSF, die sich gegen dieses Projekt ausgesprochen haben. Die Zustimmungquote lag bei 70 - 80 Proz. der befragten Bürger. Für Infratest oder andere Meinungsforschungsinstitute genügt 1 Proz. der Bürgerschaft um zu ähnlichen Ergebnissen zu kommen. Die Stadträte können sich absolut sicher sein, es ist die Mehrheitsmeinung der Weißenfelser. Es geht jetzt vor allem um den Respekt dieser Mehrheitsmeinung, der gleichzeitig ein Respekt vor dem Bürger ist. Das Bürgerbegehren für ungültig zu erklären wäre da wohl ein zu einfacher Weg. Wir haben vergangene Woche darüber berichtet, ein vermeidbarer Fehler wurde gemacht. Es wäre ein leichtes gewesen, diesen seitens Verwaltung und OBM zu berichtigen, da sie durch die Anzeige des BB mit Formular Unterschriftenliste genau unterrichtet waren. Es wurde aber ein Maulkorberlass verfügt. Diese Handlungsweise kommt uns bekannt vor. Es ist die Heimtücke und Hinterhältigkeit eines Bürgermeisters, der verzweifelt um seinen Machterhalt kämpft. Der seine zukünftigen Positionen im Unternehmerlager sichern will und der vom Landesverwaltungsamt im Auftrag der von der Großindustrie beherrschten Landesregierung unterstützt wird. Nun tritt aber eine eigenartige Konstellation zu Tage, die das ganze Verhängnis der WSF'er Kommunalpolitik zeigt. Einen Bürgermeister, den alle so schnell wie möglich weghaben wollen, hält sich dennoch im Amt. Nach seiner Wahl 2009 hat er schnell erkannt, dass in WSF nur das ganz große Geld regiert und dass auch im Hintergrund die Entscheidungen trifft. Aus einem Bürgerbewegten wurde in unfassbar kurzer Zeit ein höriger Vasall der Großindustrie, speziell des Schlachtkonzern Tönnies. Diese von der Landes Regierung übernommenen Politiklinie führte bei ihm zu einer der bemerkenswertesten 180 Grad Wenden der deutschen Kommunalpolitik. Selbst im Internetportal Wikipedia wird dieser Wechsel politischer Überzeugungen als einmalig in Deutschland empfunden und ist damit einer Erwähnung wert. Zur Erinnerung sein Interview vom 14. 8. 2008: Frage, Sie nehmen als einziger Kandidat (OBM-Wahl) eine kritische Stellung zum Schlachthof ein. gibt es dafür konkrete Gründe?

Mehrere, aber zuerst die Klarstellung. Ich bin genau so wenig wie die BI für einen Weggang des Unternehmens. Das Unternehmen ist einer der größten Arbeitgeber und Steuerzahler der Stadt, das durch Bund, Land und Kommune mit Millionen Euro gefördert wurde (Hinweis: mittlerweile stimmt dies mit Arbeitgeber nicht mehr, Tönnies steht im Verdacht der Teilhabe am System der Lohnklaverei, da es die große Mehrheit seiner AN über Werk- und Zeitarbeitsverträge beschäftigt) Zum Beispiel als die unmittelbaren Anlieger per Gerichtsbeschluss ein Verbot des Nachtbetriebes erwirkten, war es die Stadt, die für rund 2,8 Mio. € deren Grundstücke aufkaufte. Weil zwei 90 Grad Kurven in der alten Zufahrt hinderlich waren, hat die Stadtmitte den Stadtwerken für rund 1,6 Mio. € eine neue Zufahrt gebaut. Doch mit welchem Ergebnis? Es kommen immer neue Forderungen. Eine neue Abzweigung von der B91 für rund 2,0 Mill. € oder zuletzt nach einem neuen Klärwerk für geschätzte 6 - 8 Mill. €, natürlich wieder zu Lasten der Bürger, wie das gesamte Planverfahren. Dabei konnte bis heute weder Verwaltung noch Unternehmen den Nachweis der Standortverträglichkeit erbringen. 8500 Schweine pro Tag meinetwegen auch 10 000, stellen meines Erachtens das Limit dar. Und ich kann auch nicht die Meinung eines Herrn Freiwald (Die Linke) teilen, dass es nicht dem Unternehmen anzulasten sei, wenn aus Arbeitskräftemangel vor Ort auf Ausländische zurückgegriffen werden muss. Liegt es nicht eher an den Arbeitsbedingungen, der Bezahlung, dem allgemeinen Betriebsklima. Hier stellt sich konkret die Frage: Was fördern wir denn eigentlich im Namen der WSF'er Bürger.

Dem Interview ist nichts hinzuzufügen, es ist auch nach 5 Jahren aktuell und hätte so von jedem Mitglied unserer neuen BI gesagt werden können. Man muss leider noch ergänzen, dass die düstere Prophezeiungen leider wahr geworden sind. Die Schlachtzahlen haben Größenordnungen von 15 000 bis 20 000 Tiere pro Tag erreicht, bald können es noch mehr sein, 35 000 sind im Gespräch. Aus dem größten Widerständler ist der große Förderer und Befürworter eines alles vereinnahmenden Großkonzerns geworden. Was hat sich da in den letzten 5 Jahren so abgespielt. Eine Landesregierung mit geschassten Politikern aus Niedersachsen erzwingt in Sachsen Anhalt eine einseitige Ausrichtung auf Großraumländwirtschaft, Großviehhaltung und als Folge Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe, die jeden normalen Rahmen sprengen. Dafür werden Unterstützerfronten auf kommunaler Ebene geschaffen. Hier in WSF quer durch die Parteienlandschaft, von der reaktionären Linkspartei bis Rechts, ein in sich verstricktes und verquicktes Geflechtaus Beziehungen zum gegenseitigen persönlichen Vorteil, natürlich auf Kosten der Bürger. Ihrer Auftraggeber aus Wirtschaft und Landesregierung halten sich im Hintergrund, wenn hier in WSF seit Jahren die Strippen gezogen werden. So kommt es, dass politisch gegensätzliche Lager mit einem ursprünglich nicht gewollten Bürgermeister als Vollstrecker im Dienste der Konzerne zusammen die Bürger von WSF entrechten. Gemeinsam

stellen sie die Weichen im Sinne ihrer Auftraggeber. statt den chaotischen Führungsstil des OBM, seine Lügereien und seine katastrophale Bilanz auf die Tagesordnung zu setzen bzw. Im Interesse der Menschen seine Abwahl herbeizuführen, lässt man ihn genau die Arbeit machen, die man auch im Sinn hat, für die man sich aber nicht die Finger schmutzig machen will und damit auch nicht braucht. Es wird trotz besseren Wissens gerade von denen gelogen, die schon Jahre im Stadtrat sitzen. So hat die Stadtverwaltung in einer Sitzungsvorlage eindeutig dargelegt, Zitat: "Weiterhin ist es zwingend notwendig, eine Auf-und Abfahrt auf bzw. von der B91 in nördliche Richtung zu schaffen. **Damit soll das, insbesondere durch die Erweiterung der Kapazitäten des Fleischwerkes verursachte erhöhte Verkehrsaufkommen direkt zum Fleischwerkes Tönnies zugeführt werden,** damit nicht die Wohngebiete der Neustadt berührt und somit beeinträchtigt werden. Also im Vordergrund stehen einzig Fa. Tönnies und sein Ausbau der Kapazitäten, was sich natürlich auch aufs Abwasser erstreckt. Diese Begründung stammt von keiner BI, sie kommt aus der Feder von Herr Bischoff und Herr Jähnel vom Bauamt und ist natürlich fast allen Stadträten bekannt. Im Gegenzug dazu hören wir Lügen aus den geschlossenen Reihen der reaktionären Linken und auch einiger Stadträte übriger Parteien. Wir werden die Diskussion um die Zulässigkeit des BB im Stadtrat genau verfolgen. Deshalb wird es auch eine Forderung nach namentlicher Abstimmung geben. Wir zwingen die offenen und verdeckten Feinde der Bürger von WSF ihr wahres Gesicht zu zeigen. Einige kennen wir schon, die Linken Freiwald, Brzyk und Klitzschmüller gehören mittlerweile zum moralisch zweifelhaften Personenkreis. Sie bringen es sogar fertig, dass System der Lohnsklaverei in den Schlachtwerken Deutschlands gut zu heißen. Eine weitere Lüge aus der Verwaltung bringen alte Dokumente ans Tageslicht. man operiert heute im Jahr 2013 noch mit Planansätzen aus 2007. Die 2,5 Mill. € waren schon damals durch das Büro Obermayer als unkalkulierbar bzw. nicht ermittelbar eingeschätzt wurden. Baukosten für die Nordrampenanbindung in Höhe von 5 - 10 Mill. €, eher noch höher dürfen als realistisch angesehen werden. Man operiert als gäbe es die Begriffe Teuerungsrate und Inflation gar nicht. Wie bei vielen Bauprojekten der Stadt WSF die gleiche Masche. Die Bürger werden mit niedrigen Zahlen eingelullt, die Wahrheit kommt nur scheinbar ans Licht der Öffentlichkeit. Wir haben es schon gehört, Formfehler sollen zur Absage der Stadtratssitzungen am 11. 07. 2013 führen. Es stellt sich nun die Frage, wurden diese "Formfehler" bewusst eingebaut. Ein gut funktionierendes Stadtratsbüro mit Frau Knittel an der Spitze, hätte niemals Ladungsfristen versäumt. Es sind die Machenschaften des OBM mit seinem Kumpan Freiwald, die gleich 3 Formfehler mit einem mal eingebaut haben, damit es auch jeder merkt. Die Sitzung sollte von Anfang an gekänzelt werden. Man verhindert damit die Koppelung des Bürgerentscheides (sollte er kommen) mit der Bundestagswahl.

Es ist ein abgekartetes Spiel von gewissenlosen Personen. Darauf können die Bürger nur mit der Förderung nach Abwahl des Bürgermeisters reagieren. Die Bezeichnung unser Weißenfelder Sauerland (ehemaliger Duisburger Bürgermeister) tut Herr Sauerland unrecht. Das WSF'er Stadtoberhaupt ist viel schlimmer, er gehört einfach abgewählt. Die BI wird die Behandlung dieses Themas als ein Top zu einer der nächsten Stadtratssitzungen einfordern, dieses Recht steht uns zu. Zum Thema Abwasser gibt es nichts neues zu berichten. Ein Papier wurde uns zugespielt, darin hatte der damalige OB Rauner zu Protokoll gegeben, die Neuinvestition der Kläranlage bezahlt der Verursacher, d. d. die LM Betriebe vorrangig der Schlachthof. Wir werden ihn an seine Worte und damaligen Festlegungen erinnern. Es lohnt sich schon die alten Geschichten und Dokumente auszukramen, wir sehen darin eine Kontinuität von Lüge und Heuchelei. Es ist daher Zeit im Stadtrat für grundlegende Veränderung zu sorgen.

Ihr Vorstand der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben